

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Challer-Gasse öffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.  
Postfach 1010; Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 655-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.  
Postfach 1010; Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: Mt. 2.— monatlich, Mt. 4.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerlohn. — Bezugs-Bestellungen nehmen an: in Wiesbaden die Zweigstelle „Wiesbadener Tagblatt“, sowie die Hauptstellen in allen Teilen der Stadt; in Wiesbaden die hiesigen Buchhandlungen und in den benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 70 Pf. für örtliche Anzeigen; Mt. 1.— für auswärtige Anzeigen; Mt. 4.— für öffentliche Anzeigen; Mt. 6.— für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme ununterbrochener Anzeigen entwerfender Redaktionen. — Anzeigen-Annahme: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 50, Hamburgerstraße 3, IV. Fernsprecher: Amt Rollendorf 4747-49

Mittwoch, 7. Januar 1920.

Abend-Ausgabe.

Nr. 10. • 68. Jahrgang.

## Vor dem Frieden.

Die Besatzungstruppen in den Abzugsgebieten. — Der Tag der Ratifizierung. — Die Auslieferungsforderung.

W. T. B. Paris, 7. Jan. (Drahtbericht.) Die Antwortnote der Alliierten auf die deutsche Note, die eine Reduktion des Bestandes der Besatzungstruppen in den Abzugsgebieten verlangt, erklärt, daß das deutsche Verlangen nicht in Erwägung gezogen werden könne. — In diplomatischen Kreisen hält man es nicht für ausgeschlossen, daß der Austausch der Ratifikationen am Samstag stattfinden wird. In Anbetracht der Schwierigkeiten, die sich den Sachverständigenkommissionen entgegenstellen, hält man es immerhin für möglich, daß der Austausch bis Montag verschoben werden könne. — Der „Petit Parisien“ kündigt an, daß sich heute die Interalliierte Kommission, die mit der Regierung des Rechtszustandes der Auslieferung der gemeiner Verbrechen angeklagten Deutschen betraut ist, unter dem Vorsitz von Ignace, Unterstaatssekretär der Justiz, im Ministerium des Äußeren versammelt wird. Diese Kommission hat sich vornehmlich mit der Verteilung der verschiedenen Angeklagten auf die Militärgerichte der verschiedenen Staaten zu befassen. Die Liste der auszuliefernden Personen ist fertiggestellt.

W. T. B. Paris, 6. Jan. (Havas.) Der Oberste Rat hat den Wortlaut der Antwortnote auf die deutsche Note bezüglich der Bestände der alliierten Besatzungstruppen festgelegt. Die Note wird der deutschen Friedensdelegation heute übergeben werden. — Der „Temps“ hebt hervor, daß das Ausscheiden der amerikanischen Truppen die Vorkräfte, die die Abzugsgebiete zu besetzen haben, um ein Viertel reduziert hat. Es sei daher wenig wahrscheinlich, daß man eine neue Reduzierung ins Auge gefaßt habe.

W. T. B. Paris, 6. Jan. (Havas.) Am Dienstagmittag wurden die Vorschläge bezüglich der Übergabe der Regierungsgewalt in den Volksabzugsgebieten zwischen der durch General Perard präsidierten alliierten Kommission und der unter dem Vorsitz von Simpson stehenden deutschen Kommission fortgesetzt. Eine neue Sitzung soll am Mittwoch stattfinden. Man hofft, daß die Arbeiten der für die Inkraftsetzung des Friedensvertrages bestimmten Kommission noch vor Samstag beendet werden können und daß der Austausch der Ratifikationsurkunden noch am Nachmittag des 10. Januar erfolgen kann. Morgen wird sich auch die mit der Übergabe der Oberhoheit von Memel und Danzig betraute Kommission versammeln.

## Die Scapa-Flow-Angelegenheit.

W. T. B. Paris, 6. Jan. Die Pariser Morgenpresse bestätigt, daß die Scapa-Flow-Angelegenheit nunmehr als geregelt anzusehen sei. Et. Weiss sagt im „Journal“: Die Tonnage, die Deutschland als Ersatz für die versenkten Kriegsschiffe abzuliefern hat, wird sich auf einer Höhe von 250 000 bis 300 000 Tonnen bewegen. Für die Lieferung der Tonnage, die die 102 000 Tonnen übersteigt, hat Deutschland 30 Monate Frist. — Der „Matin“ sagt: Die letzten Schwierigkeiten, die den Austausch der Ratifikationsurkunden behinderten, sind nunmehr verschwunden.

W. T. B. London, 6. Jan. (Havas.) Zu der Nachricht, daß die Alliierten beschlossen hätten, die in der Scapa-Flow-Bucht versenkten deutschen Schiffe zu heben, teilt Reuters mit, daß bei den wachsenden Stellen keine Verhängung der Nachricht zu erhalten sei. So viel man annehmen könne, sei in dieser Hinsicht bisher kein Beschluß gefaßt worden. Man werde abwarten, wie sich die Frage erst in der nächsten Sitzung der Friedenskonferenz in Paris verhandelt werde.

## Eine Botchaft Wilsons zugunsten des Völkerverbundes

W. T. B. Paris, 7. Jan. (Drahtbericht.) Nach einem Bericht der „New York Times“ wird Wilson mit einer Botchaft, die am demokratischen Dinner von Madison Bay vorlesen wird, einen neuen Appell zugunsten des Völkerverbundes erlassen. Man glaubt, daß die Botchaft einen großen Einfluß auf die Debatte im Senat haben wird und daß den Anhängern des Völkerverbundes Gelegenheit gegeben würde, einen neuen Appell an das Land zu richten, damit es auf der sofortigen Ratifizierung des Vertrages bestünde.

## Die noch zu lösenden Aufgaben der Friedenskonferenz.

W. T. B. London, 6. Jan. (Havas.) Lloyd George präsidiert den ersten der Kabinettsräte, die diese Woche stattfinden zur Beschlußfassung über die Haltung, die England zu den Fragen einnehmen will, die auf der Friedenskonferenz noch der Lösung harren. Unter diesen Fragen befinden sich die Friedensbedingungen mit der Türkei sowie die Frage, betr. den Sudan, Ägypten, wie auch Fragen bezüglich Bulgariens, Ungarns und der Adria. — Lloyd George, der sich nicht vor Donnerstag nach Paris begeben wird, wird von Lord Curzon und Montagu begleitet sein. Die Anwesenheit des letzteren ist deswegen notwendig, da bei der Lösung des indischen Problems die indischen Interessen berücksichtigt werden. Bonar Law wird den britischen Premierminister voraussichtlich ebenfalls begleiten. Mitti wird sich voraussichtlich mit Lloyd George heute über die Adriafrage befassen.

## Unsere Ernährungslage.

W. T. B. Berlin, 7. Jan. Sämtliche Berliner Morgenblätter beschäftigen sich heute ernstlich mit der Zukunft unserer Ernährung und erheben die Frage, ob wir vor einer Hungersnot stehen. Der Berliner Magistrat erklärte, daß ihm auch nach dem Ergebnis der Unterredung mit den Reichsbehörden keine schwere Besorgnis verbleiben sei. Die Reichsgetreidestelle besitze zurzeit einen Vorrat, der nur noch für ungefähr 15 Tage ausreiche. Anfangs Februar würde die Reichsgetreidestelle leer sein. Der Magistrat richtet daher die Mahnung an die Regierung, kostbare Zeit nicht ungenutzt verstreichen zu lassen. — Die Versorgung des Magistrats wird durch eine bei der Reichsgetreidestelle eingezogene Erkundigung des „R. L. A.“ bestätigt. Die Vorräte, über die die Reichsgetreidestelle verfüge, reichen nicht mehr für einen Monat. Die einzige Hoffnung auf eine Auffüllung der Vorräte beruhe auf den Eingängen, die man infolge der Abfuhrungsbeschränkungen erwarte. Trete eine solche Wirkung nicht ein, so sei die Katastrophe unabwendbar. — Der „Vorwärts“ schreibt zu der Ernährungsfrage in Deutschland: Die Vorschläge der Groß-Berliner Gemeinden mit dem Reichsland und dem Ernährungsminister haben nicht das Ergebnis gehabt, ausreichende Verabreichung zu schaffen. Die gegenwärtige Verabreichung ist die Gefahr in sich, daß die eigene landwirtschaftliche Erzeugung noch weiter sinkt. Tiefes Sinken gewinnt zu gleichzeitiger entsprechender Einfuhr aus dem Ausland. Die ausländischen Lebensmittelpreise sind für die Gesamtheit der deutschen Bevölkerung zurzeit eher plötzlicher unerwartungsgünstig.

(Der Reichslandrat hatte den Vorstellungen der Groß-Berliner Gemeindevorstände gegenüber versichert, daß die Versorgung mit Brot und Nahrungsmitteln sowie mit Kartoffeln bis Mitte Februar voll gesichert sei. Schriftl.)

## Die Reichseinkommensteuer.

Es unmittelbar bevorstehende Inkrafttreten der Reichseinkommensteuergesetzes legt vielen Steuerpflichtigen die Frage nahe, in welchem Verhältnis und Umfang ihre zukünftigen Einkommensteuern abzugeben seien, von den übrigen Einkommensteuern einmal ganz abgesehen, die bisherige Einkommensteuer überschritten werden. Die für die neue Steuer vorgesehene Berechnung der Höhe mit ihrer Freisetzung eines bestimmten Existenzminimums und mit der Durchführung des Tarifs, die für jedes neue Tausend des steuerpflichtigen Einkommens einen besonderen erhöhten Steuersatz vorsieht, darf als bekannt vorausgesetzt werden; desgleichen ist anzunehmen, daß die meisten Steuerpflichtigen an Hand dieser Berechnung die Höhe ihres Steuerbetrags bereits ermittelt haben. Dagegen wird ihnen ein Vergleich des Gesamtbildes der früheren und der zukünftigen Einkommensteuer nicht gewährt sein, einmal, weil man in der Regel nur für die jeweils in Frage kommenden Steuerstufen größeres Interesse aufzubringen pflegt, und weil ferner die Auffstellung einer das Ganze veranschaulichenden Übersichtstabelle den notwendigen Berechnungen des neuen Gesetzes erhebliche Schwierigkeiten macht. Erst ein solcher Vergleich aber gibt Klarheit über Charakter und Absichten des Erhebungsbeschlusses, gestattet nachzudenken, wie weit die Behauptung berechtigt ist, daß er, abgesehen von dem begreiflichen Streben nach größtmöglichen Erträgen, nach den Grundsätzen steuerlicher und sozialer Gerechtigkeit aufgestellt sei. Unter Berücksichtigung nur eines Gemeindezuschlags von 300 v. H. zur alten Einkommensteuer, eines Satzes, der heute schon fast als maßgebend bezeichnet werden muß, und unter Berücksichtigung des sogenannten Kinderprivilegs kommt die „Ndn. Ztg.“ auf Grund einer statistischen Berechnung zu folgendem teilweise recht überraschenden Ergebnis:

Ein unverheirateter Steuerpflichtiger wird in Zukunft so lange er ein Einkommen unter 4000 M. versteuert, höher zahlen müssen als bisher; in den Steuerstufen von 4000 bis 14 000 M. dagegen wird er weniger zahlen, und erst von 15 000 M. an dauernd einer stärkeren Belastung zu unterliegen. Das kinderlose Ehepaar zahlt bei Einkommen bis zu 16 000 M. weniger als heute, von da an dauernd mehr. Der Besitz eines Kindes bedeutet keinen wesentlichen Unterschied; auch dann beginnt erst bei Einkommen von 18 000 M. die im Vergleich mit heute höhere Steuerpflicht. Hat der Steuerzahler zwei Kinder, so ist bei 15 000 M. der Ausgleich der bisherigen und der zukünftigen Vorken erreicht; hat er ein geringeres Einkommen, so zahlt er weniger als heute. In manchen Stufen beträgt die Spannung zwischen dem alten und neuen Satz bis zu vier v. H. des Einkommens. — Übersteigt es 18 000 M., so muß auch er tiefer in den Beutel greifen. Ein Ehepaar mit vier Kindern wird zukünftig bis zu einem Einkommen von 20 000 M. steuerlich günstiger dastehen als unter dem alten Gesetz bei Berechnung von 20 v. H. Gemeindezuschlag. Lediglich ein solches mit sechs Kindern. Bei 20 000 M. wird zukünftig auch eine mit Kindern mehr als reich personierte Familie mit einem erheblich höheren Anteil ihres Einkommens herangezogen werden.

Die mitgeteilten Beispiele lassen, wie die „Ndn. Ztg.“ noch anführt, zweifellos einen gewissen Fortschritt in der steuerlichen Berücksichtigung der kleinen und mittleren Einkommen wegen des Familienstandes erkennen; die Spannung zwischen der bisherigen und der zukünftigen Besteuerung ist vermindert, je nach der Steuerstufe und der Kinderzahl, aber durchweg werden die Familien mit kleinen und mittleren Einkommen hinsichtlich der reinen Einkommensteuer günstiger gestellt sein als unter den heute in den meisten Fällen erhobenen Gemeindezuschlägen. Eine andere

Frage ist, ob diese Verbesserung ausreichend ist, ob sie genügt, um für die in der Gegenwart und der Zukunft drohend wachsenden Belastungen gerade der Familie einen, wenn auch nur ganz bescheidenen Ausgleich zu schaffen.

## Die Eisenbahnerbewegung.

Die Berliner Tarifverhandlungen.

W. T. B. Berlin, 6. Jan. Heute sind die Verhandlungen über den Eisenbahntarif an den eigentlichen Tarif gelangt. Die Vertreter der Regierung erklärten, daß die beteiligten Minister den größten Wert darauf legten, über die für die Eisenbahner wichtigsten Fragen sobald als irgendmöglich zu einer Einigung zu kommen. Die sachlichen Verhandlungen sind bereits in einem wichtigen Punkte zu einem Ergebnis gelangt. Als oberste Wirtschaftsklasse wurde eine solche vereinbart, in der der Stundenlohn für einen Arbeiter von über 24 Jahren auf 2,50 M. festgesetzt wird. Darüber hinaus soll jedoch eine Ausnahmeklasse allein für Berlin gebildet werden, in der dieser Lohn 3,80 M. betragen soll. Es geht zu hoffen, daß die Verhandlungen rüstig voranschreiten, da auf beiden Seiten das Bestreben herrscht, positive Arbeit zu leisten und den überaus umfangreichen Stoff sobald wie möglich zu meistern.

## Ausstände im Industriegebiet.

W. T. B. Düsseldorf, 6. Jan. Ein Teil der Eisenbahner auf den Düsseldorfer Bahnhöfen ist in den Ausstand getreten. Infolge dessen mußte der Güterverkehr vollständig stillgelegt werden. Die Streikenden beschwerten sich, daß die Lebensmittellieferung aufrechtzuerhalten. Der Personenverkehr wurde bisher teilweise durchgeführt.

W. T. B. Berlin, 7. Jan. Nach dem „R. L. A.“ hat die Eisenbahnerbewegung der Eisenbahner zu weiteren Stilllegungen im Bezirk Düsseldorf und im Bezirk Oden (Hesseln) geführt. Auch in Sachsen sind die Eisenbahner in den Streik getreten; doch ist man in dortigen Verwaltungskreisen der Ansicht, eine baldige Einigung zu erzielen.

W. T. B. Bochum, 7. Jan. (Drahtbericht.) Nachdem ein Teil der Eisenbahner auf dem Hauptbahnhof Dortmund in den Streik getreten war, beklagten die Arbeiter des Rheinischen Bergwerks, heute abend in den Streik zu treten.

## Besprechungen in Frankfurt a. M.

W. T. B. Frankfurt a. M., 7. Jan. (Drahtbericht.) Im Eisenbahndirektionsgebäude fanden inoffizielle Besprechungen zwischen dem Unterstaatssekretär Graef und Mitgliedern der Eisenbahndirektion über die Lage in der Frankfurter Eisenbahnerbewegung statt. In erster Linie beschäftigte man sich mit der Wirtschaftlichkeit der Werkstättenbetriebe. Es wurde festgestellt, daß infolge der mangelnden Leistungsfähigkeit der Arbeiter und der mangelnden technischen Einrichtungen die Friedensquoten nicht mehr aufzubringen seien. Es wurde von den Werkstättenbetreibern übereinstimmend festgestellt, daß an den Mitarbeiterleistungen die Arbeitskraft nicht schuld sei. Der Eisenbahndirektor Dr. Stapp bezeichnete die augenblicklichen Löhne und Teuerungszulagen für Beamte und Arbeiter als unzureichend und ersuchte den Unterstaatssekretär, in Berlin für eine Verbesserung der Lage einzutreten. Die Ämter des Direktionsbezirks Frankfurt saßen sich mit dem Vorstehen der Frankfurter Eisenbahnen in Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen einigten.

## Ein Umschwung in der Ukraine.

W. T. B. Berlin, 6. Jan. Die ukrainische Gesellschaft teilt mit: Den neuesten Nachrichten aus der Ukraine zufolge vollzieht sich in den Gebieten westlich vom Dnjupr ein Umschwung der militärischen Lage zugunsten der ukrainischen Nationalregierung. Unter dem Druck der ukrainischen Nationalarmee, die in enger Fühlung mit den ukrainischen Aufständischen aus dem Raum Verdolysch den Verstand aufgenommen hat, zieht sich die Armee Derwinski auf der ganzen Linie gegen Odesa und Cherson zurück. Kodelen ist bereits von den Russen vollständig geräumt. Abteilungen ukrainischer Truppen, die seinerzeit von General Tarnowski an Demisin übergeben wurden, haben sich jetzt mit den aufständischen Truppen des Ataman Schepel vereinigt und die Stadt Winniza genommen. In Schewrinsk fiel große Beute an Eisenbahnmateriale und Maschinen, gewehren sowie große Mengen an Verproviantung englischer Herkunft in die Hände der Angreifer. Die Eisenbahn Kremfuren-Schmerin-Kiew bis in die Gegend von Pustow ist in ukrainische Hände. In den Provinzgebieten wird unter Führung der ukrainischen Regierung Mazepa, dessen Sitz vorläufig in Kachalin ist, die ukrainische Bevölkerung neu organisierten Lokale Ausschüsse des Komitees der Aufständischen haben sich der Regierung unterstellt. In Cholm (Gouvernement Podolien) ist im Gange ein Unternehmen mit der Regierung ein autonomes Verwaltungsbereich, Krajewo Nadsa (Krajewo), mit dem Gehilfen des Ministers des Innern, Dr. Mohr, an der Spitze, gebildet worden. — In der Front gegen die Bolschewiken keine Kämpfe.





Am 13. Januar 1920, vormittags 10 Uhr, wird an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 61, das Wohnhaus mit Hofraum, Wilhelmstraße Nr. 8, hier, 5 a 79 qm, zwangsweise versteigert.  
Eigentümer: Eheleute Gräf in Wiesbaden.  
Wiesbaden, den 31. Dezember 1919. F 345  
Des Amtsgericht, Abt. 9.

### Bezug von Kohlen für Offizierswohnungen der Befugungstruppen.

30. Armee-Korps  
Commission des Logements.  
Wiesbaden, den 23. Dezember 1919.  
Die Commission des Logements hat bezüglich der möblierten Wohnungen folgendes bestimmt:  
Dem Offizier wird für eine möblierte reglementmäßige Wohnung von der Intendantur eine Rollenkarte gegeben, die mit dem Stempel „Municipalitäts“ versehen ist. Der Offizier händigt diese Karte dem Vermieter aus, welcher die Kohlen auf dem von der Intendantur verproviantierten Depot erhält.  
Die so zur Verteilung gekommene Kohle wird alsdann von der Stadtverwaltung bezahlt.  
General de Eschbille,  
Vorsitzender der Commission des Logements.  
gez. H. de Eschbille.

Wird veröffentlicht.  
Das Depot des 30. Korps befindet sich Kellereistr. 25 und ist von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr nachmittags für das Publikum geöffnet. Die Kohlen werden dortselbst gegen Abgabe der Karte unentgeltlich verabreicht. Die Kohlen für den Transport vom Lagerplatz in die Wohnung sind von dem Vermieter der Wohnung zu tragen.  
Wiesbaden, den 3. Januar 1920. F 370  
Der Magistrat.

30. Armee-Korps  
Commission des Logements.  
Wiesbaden, den 15. Dezember 1919.  
In Ausführung der Vorschriften des Einigungsprotokolls vom 29. September 14 wird die Stadtverwaltung bei einer möblierten Wohnung, welche von einem Offizier und dem Hausbesitzer oder einem anderen deutschen Mieter bewohnt ist, die gemeinsame Küche an den Offizier abtreten lassen.  
Sämtliche Offiziere müssen in dieser Hinsicht bis zum 25. Dezember 1919 befriedigt sein. Die Stadtverwaltung wird an diesem Tage dem Vorsitzenden der Commission des Logements darüber Bericht erstatten.  
General de Eschbille,  
Vorsitzender der Commission des Logements.  
gez. H. de Eschbille.

Wird veröffentlicht.  
Wiesbaden, den 18. Dezember 1919. F 370  
Der Magistrat.

Montag, den 12. Januar d. Js., nachmittags, sollen die nachstehenden Grundstücke, als:  
1. Kartenblatt 34, Parzelle Nr. 364/0 185, groß 14 ar 40 qm, gelegen links der Sonnenberger Straße.  
2. Kartenblatt 57, Parzelle Nr. 111 + 123, groß 7 ar 46 qm, gelegen im Distrikt „Aufamm“.  
3. Kartenblatt 57, Parzelle Nr. 112, groß 8 ar 65 qm, gelegen im Distrikt „Aufamm“.  
4. Kartenblatt 40, Parzelle Nr. 12, groß 18 ar 40 qm, gelegen im Distrikt „Reinamer“.  
5. Kartenblatt 34, Parzelle Nr. 190/197, groß 36 ar, gelegen im Distrikt „Tennelbach“.  
6. Kartenblatt 20, Parzelle Nr. 286/127 etc., groß 5 ar 43 qm, gelegen rechts der Platter Straße.  
7. Kartenblatt 12, Parzelle Nr. 65, groß 17 ar 4 qm, gelegen im Distrikt „Wettig“  
auf unbestimmte Zeit verpachtet werden.  
Die Grundstücke Platter Straße und Wettig werden im Distrikt Tennelbach mit ausbezogen.  
Aufammenkunft nachmittags 2 1/2 Uhr an der Tennelbachstraße.  
Wiesbaden, den 3. Januar 1920. F 370  
Stadt. Grundstücksverwaltung.

### Deutsch-Nationale Volkspartei.

Nächste Versammlung Donnerstag, den 8. Januar, abends 8 Uhr, im Hotel Union (Zauberstraße), Ecke Kungasse und Meurgasse. F 322

Tagesordnung: Vortrag über die Bedeutung der nächsten Wahlen zum Reichstag mit anschließender Ausf. rede. Mitglieder — Männer und Frauen — sowie Freunde der Partei werden zum Besuch der Versammlung eingeladen. Die Versammlung ist genehmigt.  
Der Vorstand.

### Unentgeltliche Rechtsauskunft für Unbemittelte

Im Arbeitsamt F 331  
Dotzheimer Straße 1, 1. Stock, Zimmer 18,  
werktägl. außer Samstag, abends 6 1/2 — 7 1/2 Uhr.

25000 kg la amerik. Kakao  
eingetroffen.

Lebensmittelhaus Kaufmann,

Kirchgasse 5. Teleph. 4034.

### Achtung!

Feinstes Schweine-Schmalz 17.- Mk.  
Amerikanischer Salm 1/2 Dose 9.- Mk.  
Feinste Gemüse-Nudeln 1 Pfd. 7.50 Mk.  
Ungez. Milch, beste Marke, Dose 8.- Mk.  
Vaneta-Schokolade, Tafel 60 gr, 2.50 Mk.  
Täglich frische Wurst 1 Pfd. 8.- Mk.

Johann Jacob,

Delikatessen-Geschäft, Sedanplatz 5.

## Deutsche Sparprämienanleihe von 1919.

Wir fordern hiermit unsere Zeichner auf, soweit nicht Verrechnung über Konto erfolgt — nunmehr die Bareinzahlung zu leisten und — falls noch nicht geschehen — die Kriegsanleihe einzuliefern.

### Wiesbadener Bank für Handel und Gewerbe

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Friedrichstraße 20. F 275

Die Ersatzpflicht der Post und Bahn ist durch den Höchst-Handelspreis beschränkt!

Wer bei Verlusten vollen Ersatz haben will, versichere sich daher gegen alle Transport-Gefahren.

Billigste Prämien! Police sofort erhältlich!

Versicherungs-Büro Adolfsallee.

Transport-, Aufrühr-, Feuer-, Einbruch-, Glas-, Unfall-, Haftpflicht- u. Lebens-Versicherungen

K. Nicodemus & Frhr. v. Massenbach,

Adolfsallee 28. WIESBADEN Fernsprecher 882.

10000 Kilo amerikan. Kakao

3000 Kilo franz. Schokolade

5000 Kilo franz. Stearin-Kerzen

90000 Karton engl. Stearin-Kerzen „Bulls Eye“

20000 Kilo engl. Kernseife

sofort greifbar.

Comptoir General d'Alimentation

Wiesbaden, Dotzheimer Straße 105, Telephon 5010.

Bin unter

Nr. 1263

an den Fernsprecher angeschlossen.

Heinr. Meyer,

Schneidermeister, Bismarckring 15.

Meine Telephon-Nummer ist ab 1. 1. 20:

5265

Tapetenhaus

Wilh. Gerhardt

Mauritiusstr. 5.

Effax  
Beste Schuhputz  
Effax



die Perle aller Schuh-Crema.

Hersteller:

Hochgesand & Ampt, Mainz.

## Bleche-Export!

25 Tonns Siemens Martin-Stahlbleche

50 Tonns Eisenbleche, in Rotterdam lagernd.

Richard Hausdorff,

Berlin W. 8, Leipziger Str. 108, a. St. Frankfurt a. M., Carlton-Hotel, Zimmer 336. F 120

Eisenbahnradreifen, la Gußstahl

297 Std. à 137 kg = 41022 kg. F 120

Richard Hausdorff

Berlin W. 8, Leipziger Str. 108, a. St. Frankfurt a. M., Carlton-Hotel, Zimmer 336.

Acnosantabletten

sind ein vorzügliches Blutreinigungsmittel. Alleinverkauf: 44 Schützenhof-Apotheka, Langgasse 11.

### Kurhaus Wiesbaden.

Das für 1 el 13 dieser Woche vorgesehene

Zyklus-Konzert fällt aus. F 371

Städtische Kurverwaltung.

## Künstler-Fest

Ball beim Prinzen Grlofski

(Im Konzertteil Auftreten namhafter Künstler Wiesbadens und Frankfurts.)

Reinertrag für die Kinder Wiens!

„Wintergarten“ Freitag, 16. Januar 1920, abends 7 1/2 Uhr. Verlängerte Pollzeitung genehmigt. 71

### Volksunterhaltungsabende

Leitung: Gustav Jacobl.

Dienstag, den 13. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Wintergarten, Schwalbacher Str. 8

## Lustiger Abend

Bernh. Herrmann

Max Haas, Ther. Müller-Reichel Kammermusiker Wendler.

Der Vorverkauf beginnt morgen in d. Vorverkaufsstellen und am Donnerstag vorm. 9—1 Uhr ohne Vorverkaufsgebühr an der Kasse der Turngös. 71

### Eucalyptusöl

für alle Systeme der Wiesbadener Inhalatoren. Drogerie Bade, Taunusstr. 5.

10. 1. 20 „W. Z.“ 5 Uhr.

Café Orient. Nur für Mitglieder.

### Nadelwaren-Export!

1000 Gros Nähmaschinennadeln, Rundkolben  
2200 „ Strickmaschinennadeln, sortiert  
4000 „ Nähadeln, Gröndler 3-8, sortiert  
50000 „ Druckknöpfe, Prym & Walde  
1000 „ Sicherheitsnadeln  
1000 „ Lockennadeln  
1000 Pfd. Haarnadeln. F 120

Richard Hausdorff, Berlin W. 8, Leipziger Str. 108 z. Zt. Frankfurt a. M., Carlton-Hotel, Zimmer 336.

### Holz, Torf, Braunkohle heizt der

## HOTOBRAU-OFEN

D. R. P. u. D. R. G. M., sowie mehrere Auslands-Patente angem.

Höchste Heizwirkung!

Geringster Brennstoffverbrauch!

Gleichmäßige und milde Wärmeabgabe; angenehme Luftbefeuchtung.

Anerkennende Gutachten liegen vor!

Die Ofen sind sofort lieferbar!

Generalvertretung f. Frankfurt a. M. u. Umg.:

Leo Jessel,

Frankfurt a. M., Taunusstr. 40 (Seitenbau). Tel. Amt Hansa 8815. F 3

### Export-Zeitungs-Druckpapier

schwed. Ursprungs, 204 Bollen, 70 148 kg, 50/75 cm, 133 Bollen 32 765 „ 75 cm 111 913 kg transito

Freihafen Hamburg lagernd.

Richard Hausdorff, Berlin W. 8, Leipziger Straße 108, F 120

a. St. Frankfurt a. M., Carlton-Hotel, Zimmer 336.